

# Wohnbeihilfe erhöhen!

Unterschriftenaktion der KPÖ für leistbares Wohnen – Seite 2-3



Der Zentralverband der Pensionisten setzt sich seit 1924 für die Rechte der älteren Generation ein. Beratung und Information steht im Mittelpunkt der Tätigkeit des engagierten Pensionistenverbandes, der seit 90 Jahren von der KPÖ unterstützt wird. Die Gemütlichkeit kommt beim Zentralverband der Pensionisten nicht zu kurz! Seite 10.



## Sprechstunde mit Sozialberatung

der KPÖ Knittelfeld – Murtal

KPÖ-Stadträtin Renate Pacher und DSA Karin Gruber

Dienstag, 4.11.2014, 9.00 - 12:00 Uhr, KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld  
Friedensstraße 10 • 9 bis 12 Uhr • Voranmeldung: 03512/ 82240



# Zu Besuch im Tierheim Murtal

Seit Mai 2012 hat das Landestierheim Murtal am Murweg 3 in Kobenz seinen Betrieb offiziell eröffnet. Die ersten Tiere wurden allerdings schon im Februar aufgenommen. Die KPÖ besuchte das Tierheim. Die Leiterin, Frau Elke Pichler, machte mit uns eine Führung.

Seit seiner Eröffnung kann das Tierheim, das für die Bezirke Murtal und Murau verantwortlich ist, eine beachtliche Bilanz vorweisen. 2.447 Tiere wurden bisher aufgenommen. Zur Zeit unseres Besuchs lag der Belegstand bei rund 180 Tieren. Eine beachtliche Vermittlungsquote.

Schlangen, Ratten, Schildkröten, viele Tierarten warten auf neue Besitzer. Hunde und Katzen sind natürlich der Hauptanteil der „Belegschaft“. Derzeit wird an einem Ara-Gehege gebaut, um den Vögeln eine artgerechte Unterbringung zu bieten. Obwohl das Landestierheim erst errichtet wurde, platzt es bereits aus allen Nähten. Wenn das Tierheim überfüllt ist, gibt es leider einen Aufnahmestopp. Dann wird ersucht die Tiere für ein paar Wochen weiter zu versorgen, bis

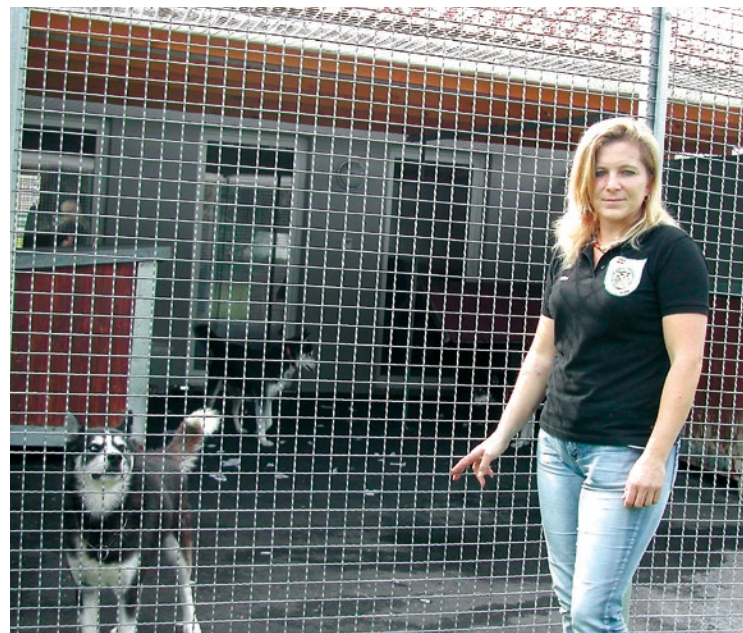
sich die Lage wieder entspannt hat. Oder es muss auf ein anderes Tierheim ausgewichen werden.

Derzeit sind acht Personen beschäftigt, inklusive Leitung und Bürobetrieb, sowie ein Tierarzt. Mithilfe kommt auch von Praktikanten. „Wir bekommen auch Unterstützung aus der Bevölkerung: Spenden – und ganz wichtig – wir haben zum Glück viele treue Spaziergänger, die die Hunde an der Leine ausführen. Unser großes Plus ist auch, dass Herr Günter Mayr ehrenamtlich mehrmals in der Woche seine Kenntnisse als Hundepsychologe und Hundetrainer anbietet“, so Elke Pichler.

Es gibt die verschiedenartigsten Gründe, warum Tiere im Tierheim abgegeben werden. Todesfälle, Umzüge, Überforderung mit der Tierhaltung oder es werden Streuner aufgegriffen. Im Tierheim werden die Tiere untersucht, gechipt und kommen dann in Quarantäne. Die durchschnittliche Verweildauer im Tierheim liegt bei zwei bis drei Monaten. Junge Tiere sind gut vermittelbar. Schwieriger wird es bei älteren Tieren und den sogenannten „Kampfhunden“. Diese werden nur an erfahrene Halter abgegeben.



Warten auf einen guten Platz



Die Leiterin des Tierheim, Elke Pichler, vor dem Husky-Gehege

Was noch wichtig wäre, haben wir Frau Pichler gefragt: Dass man es sich gut überlegt, bevor man ein Tier anschafft. Denn das ist eine Verantwortung für die nächsten 10 bis 15 Jahre. Und das Problem der großen Katzenpopulation. Tierbesitzer, auch Bauern, sind gesetzlich dazu verpflichtet, ihre

Katzen zu sterilisieren bzw. zu kastrieren. Das ist zu wenig bekannt oder wird einfach ignoriert. Es gibt auch Kastrationsgutscheine. In Zusammenarbeit mit dem Tierheim und den Gemeinden könne durch eine flächendeckende Sterilisation viel Tierleid verhindert werden.



Der Auslauf auf der Hundewiese ist wichtig

## Problem Hundewiese

Die Hunde werden mehrmals pro Tag auf die Hundewiese gelassen. Das ist wichtig für das Wohlbefinden der Tiere. Bald errichtet das Land eine Reptilien-auffangstation auf dem Gelände. Dadurch wird die Hundewiese verkleinert. Das ist ein Problem. Eine Lösung wäre es, wenn das Freigelände der anschließenden

Kläranlage mitbenützt werden könnte.

Der Knittelfelder KPÖ-Gemeinderat Franz Moharitsch hat dieses Anliegen im Gemeinderat eingebracht. Bürgermeister Gerald Schmid hat zugesagt mit dem Abfallwirtschaftsverband zu reden. Wir hoffen auf eine Lösung im Sinne der Tiere.

## Obdachlose junge Menschen Es gibt keine Krisenwohnungen in der Region Murtal

Die „Kleine Zeitung“ hat berichtet, dass Streetworkerinnen in der Region Murtal Alarm schlagen. Es häufen sich die Fälle, in denen Jugendliche und junge Menschen obdachlos werden. In unserer Region gibt es aber keine Krisenwohnungen, in denen Betroffenen für einige Nächte eine Unterkunft angeboten werden kann.

Wir haben in unseren Sozialsprechstunden die Erfahrung gemacht, dass solche Krisenwohnungen fehlen. Das gilt nicht nur für junge Menschen, sondern für alle Altersgruppen. Oft brauchen Menschen nach einer Trennung,

einem Streit oder einer Delogierung nur für ein paar Tage eine Bleibe. Nach einigen Tagen sieht die Welt oft anders aus und die Probleme können gelöst werden. Aber für den Übergang gibt es in unserer Region keine Unterkunftsmöglichkeit.

Deshalb hat die KPÖ diese Frage in den Gemeinderäten von Knittelfeld, Spielberg und Zeltweg eingebracht. Die Bürgermeister haben versprochen sich für eine Lösung einzutreten. Mit einer gemeinsamen Anstrengung aller Gemeinden und Institutionen sollte es möglich sein einige Krisenwohnungen zu schaffen.



## Krieg in Europa - Was geschieht in der Ukraine?

mit dem Historiker und Verleger  
Hannes Hofbauer

**Montag, 24. November 2014**  
Kulturzentrum Spielberg, grüner Saal  
Beginn: 19.00 Uhr  
Wir laden Sie herzlich ein!



## Einladung „offenes Singen“

„Richtig oder falsch, wos sulls?“ ist das Motto der sangesfreudigen Runde, die sich im KPÖ-Heim in Knittelfeld, Friedensstraße 10 trifft. Jede/r ist herzlich eingeladen mitzusingen! Volkslieder, Lieder der Friedens- und Arbeiterbewegung, Austro-Pop und Schlager, nichts ist vor uns sicher.

**Der nächste Termin ist Donnerstag,  
13. November, 17 Uhr.**

Herzlich willkommen!



## SPRECHSTUNDE mit Sozialberatung DIENSTAG, 4. NOVEMBER

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld  
Friedensstraße 10, 9 bis 12 Uhr  
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Mit KPÖ-Stadträtin Renate Pacher und DSA Karin Gruber

## Bergarbeiterdorf

**E**isenerz schön langsam von einer Bergstadt zu einem Bergarbeiterdorf oder besser gesagt zu einem Dorf von Bergarbeiterpensionisten und ihren Witwen. Wir sind schon die Gemeinde mit dem höchsten Durchschnittsalter in der Steiermark: 54 Jahre, das sind 10 Jahre über dem Landesdurchschnitt. In den letzten 10 Jahren haben wir ein Viertel der Bevölkerung verloren, es hat einen Bevölkerungsrückgang von exakt 24,2 Prozent gegeben. Mit nur mehr 4.500 Einwohnern sind wir dort angelangt, wo wir nie hinwollten.



**W**ir von der KPÖ haben jahrzehntelang auf diese Entwicklung hingewiesen, auch in der Gemeindestube. Viel zu lange haben die Ortskaiser und Ortskaiserinnen die Nase hoch getragen und geglaubt, dass es immer wieder Hilfe von oben geben werde. Ohne Arbeitsplätze gibt es aber keine Schulen, keine Kindergärten, keine Geschäfte. Immer mehr Wohnungen stehen leer. Ein Gasthaus nach dem anderen hat zugesperrt.

Und jetzt schaut es so aus, dass die Siedlung Münichtal ein Flop wird. Es geht mit diesem Projekt so wie schon mit vielen anderen in der Vergangenheit. Man hat Arbeitsplätze versprochen, viel Geld für Studien ausgegeben und am Ende ist die Enttäuschung gestanden. Das ist die Verantwortung der SPÖ.

Ich habe nur eine Hoffnung: Unsere Gemeinde darf nicht das gleiche Debakel wie der Konsum erleiden. Eisenerz braucht Zukunft.

Glück Auf! KPÖ-Gemeinderat Karl Fluch aus Eisenerz

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Leider wird in den Medien zu wenig darüber berichtet. Informieren Sie sich auf unseren Webseiten!

Unsere Internetadresse: [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)  
Facebook: **KPÖ Steiermark** oder **Claudia Klimt-Weithaler**

# Kniefall vor Red-Bull-Konzern: Wo bleibt die Gleichheit beim Steuerzahlen?

Die Bezahlung der Lustbarkeitsabgabe für das heurige Formel 1 Rennen sorgte vor kurzem für hitzige Diskussionen im Spielberger Gemeinderat. Rechtlich wären der Gemeinde für dieses Rennen etwa vier Millionen Euro zugestanden. Nun bezahlt Red Bull lediglich rund 340.000 Euro für die Formel 1 und alle anderen Veranstaltungen (z.B. Großkonzerte), die bisher von der bestehenden Regelung ausgenommen waren.



Die Senkung der Abgabe wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ begrüßt und mit den Stimmen dieser Parteien im Spielberger Gemeinderat beschlossen. Für die KPÖ ist dieser Vertrag kein Grund zum Jubeln, sie hat als einzige der Vereinbarung nicht zugestimmt.

## Seid froh und dankbar?

Oft hört man in Diskussionen, man müsse dem Projekt Spielberg und Red Bull dankbar sein. Denn das bringe Arbeitsplätze und Aufschwung in unsere Region. Viele Millionen seien in das Projekt Spielberg geflossen. Ein beträchtlicher Anteil davon waren öffentliche Gelder. Wenn so viele Millionen fließen, entstehen natürlich auch Arbeitsplätze. Bei Red Bull vorwiegend im traditionell leider niedrig entlohnten Dienstleistungsbereich. Wir sind der Meinung, kein arbeitender Mensch muss für seinen Arbeitsplatz dankbar sein. Denn die Menschen erbringen eine Leistung und müssen für ihre Bezahlung arbeiten – und die Arbeitswelt wird immer härter. Niemand beschäftigt Arbeiter oder Angestellte, wenn sich unterm Strich nicht die Lohnkosten und ein Profit hereinspielen lassen.

Das ist ein Kniefall vor einem Großkonzern. Mit diesem Verhandlungsergebnis wird wieder einmal deutlich: Ein Konzern kann es sich richten. Nur die „Normalbürger“ müssen ihre Steuern brav und pünktlich bezahlen. Sie haben gar keine Möglichkeit um ihre Steuersätze zu verhandeln. Lohnsteuer, Mehrwertsteuer oder Mineralölsteuer werden sofort abgezogen. Hier kann niemand zum Finanzamt gehen um die Steuersätze individuell senken zu lassen.

Alle Erhebungen und Reichtumsberichte belegen eindeutig,

dass die Reichen immer reicher werden. Mit diesem Reichtum wachsen Macht und Einfluss. Das Ergebnis der Verhandlungen um die Lustbarkeitsabgabe ist ein Beispiel dafür, wie Konzerne die Politik vor sich hertreiben und ihre Interessen durchsetzen.

Oft liest man in den Medien von den verschiedensten millionenschweren Red-Bull-Projekten, bei denen Geld offensichtlich überhaupt keine Rolle spielt. So berichtete z.B. der Standard am 20.6.2014 über eine Besichtigung des Red-Bull Rings: „Das Geld ist hier abgeschafft...“ Wer hier in

der Lage ist aus dem Vollen zu schöpfen, der sollte auch seine Steuern in voller Höhe bezahlen.

Außerdem darf nicht vergessen werden, dass durch das Projekt Spielberg eine zusätzliche enorme Lärmbelastung in unserer Region entstanden ist. Ruhe und Erholung werden in unserer stressigen Zeit immer wichtiger. Der Rennlärm ist sehr oft eine arge Belastung. Wir waren der Meinung, die Gelder aus der vollen Lustbarkeitsabgabe sollten vor allem dazu dienen die Belastung durch Lärmschutzmaßnahmen abzumildern.

## Lustbarkeitsabgabe: Was wurde beschlossen?

Für bestimmte Veranstaltungen stehen der Gemeinde des Veranstaltungsortes eine Lustbarkeitsabgabe in der Höhe von 25 Prozent der eingenommenen Entgelte zu. Diese Steuer ist vom Veranstalter zu erklären und nach der Veranstaltung zu entrichten. Es ist möglich sich vor einer Veranstaltung auf eine geringere Steuer zu einigen. Ob eine Reduzierung im Nachhinein rechtlich gedeckt ist, ist sehr fraglich.

Der Spielberger Gemeinderat hat bereits 2011 – gegen die Stimme der KPÖ – mit Red-Bull-Rings eine Sonderverhandlung beschlossen. Die Lustbarkeitsabgabe für alle Veranstaltungen wird in Form eines Pauschalbetrags bezahlt. Das wären für 2014 rund 310.000 Euro. Ausgenommen von dieser Vereinbarung waren jedoch die Formel 1 und Veranstaltungen im größeren Rahmen, die keinen Bezug zum Motorsport haben (z.B. Großkonzerte).

Red Bull hat vor dem Formel-1 Rennen von sich aus die Verhandlungen mit der Gemeinde abgebrochen, obwohl das Angebot der Gemeinde schon damals sehr moderat war. Nun wurde – nach dem Rennen – eine neue Vereinbarung beschlossen. Red Bull bezahlt nun für alle Veranstaltungen, inklusive Formel 1 und aller bisher ausgenommenen Veranstaltungen einen Pauschalbetrag 650.000 Euro.

Kommentar von Edi Giesen



## Weltspartag: Überziehungszinsen begrenzen!

Österreichische Geldinstitute werden mit vielen Milliarden an Steuergeldern künstlich am Leben gehalten. Die Bevölkerung muss das mit immer neuen Belastungen bezahlen. Trotzdem halten die Banken an der Politik der Mini-Sparzinsen und der Maxi-Überziehungszinsen fest.

- die Sparzinsen sind niedriger als die Teuerungsrate,
- die Überziehungszinsen sind hoch wie nie zuvor.

So behandeln die Banken die große Mehrheit der Bevölkerung. Den Superreichen geht es so gut wie nie. Die Rettungspakete für die Banken und den Euro werden mit „Sparpaketen“ finanziert. 200 bis 300 Millionen Euro pro Jahr wollen SPÖ und ÖVP in der Steiermark jedes Jahr streichen. Viele Steirer können sich kaum noch das Dach über dem Kopf leisten, während mit Wohnbaugeldern Budgetlöcher gestopft werden.

Durch hohe Überziehungszin-

sen kassieren uns Banken und Sparkassen seit Jahren ab. Mittlerweile verlangen sie bis zu 14 Prozent für Kontoüberziehungen. Für die Banken ist das ein glänzendes Geschäft: Sie bekommen das Geld von der Europäischen Zentralbank für 0,25 Prozent, geben diesen Vorteil aber nicht an die Kunden weiter. Wer sein Girokonto überzieht, wird in schamloser Weise zur Kasse gebeten.

Viele Leute müssen ihr Konto am Monatsende überziehen, weil sie geringe Einkommen haben. Dass die Banken ausgerechnet daran noch Milliarden verdienen, muss aufhören! Seit Jahren setzt sich die KPÖ dafür ein, dass die Überziehungszinsen auf Girokonten begrenzt werden. Im Juni 2014 hat der Grazer Gemeinderat einstimmig einen Antrag der KPÖ beschlossen, dass Österreich eine gesetzliche Begrenzung der Überziehungszinsen von Girokonten einführen soll. Protestieren auch Sie gegen das Abkassieren der Banken bei der Bevölkerung: Bei der nächsten Wahl mit Ihrer Stimme für die KPÖ!



© Kaasten fotolia.at

Das korrupte Euro-System sollte nicht künstlich am Leben gehalten werden. Höchst an der Zeit wäre es, soziale Wirtschaftsmaßnahmen zu belohnen anstatt zu bestrafen. Ein erster Schritt wäre die amtliche Regelung der derzeit über-tauerten Überziehungszinsen.



Alle Interessierten sind herzlich eingeladen

**Samstag, 18. Oktober 2014, 10 bis 16.30**  
KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus,  
Lagergasse 98a, 8020 Graz

In den nächsten Jahren wird ein massiver Ausbau des Öffentlichen Verkehrs in der Steiermark notwendig sein. An Planungen fehlt es nicht, aber an Geld. Eine Tagung mit Beiträgen von **Winfried Wolf** (Berlin), **Allan Alakülla** (Tallinn), **Karoline Mitterer** (Wien), **Werner Murgg** (Leoben), **Manfred Eber** (Graz), **Robert Fuchs** (Graz) und **Heinz Högelsberger** (Wien).



### ZITIERT

„Die beiden sind Populisten, weil sie mediales Schulterklopfen bekommen. Sie bringen viel an Strukturen um, was ihnen offensichtlich egal ist. Gesinnung ist überhaupt keine mehr zu verspüren. Mir tut es weh, dass Sozialdemokraten so etwas machen. Es gibt niemanden in der SPÖ mehr, der Gegenteiliges sagt. Jeder, der den Geruch von links hat, wurde vertrieben oder hat sich einkaufen lassen. Wenn diese sogenannte Reformpolitik mit dieser Brutalität so weitergezogen wird, bedeutet das am Ende die Zerstörung eines Landes. Man kann eine moderne Gesellschaft nicht unter gewisse Standards runterfahren.“ Ex-Finanzlandesrat Kurt Flecker über Voves und Schützenhöfer, DER STANDARD, 10.8.2012

SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!

INFO TEL. 0316 / 877 5102

[www.mindestsicherungsrechner.at](http://www.mindestsicherungsrechner.at)

**KPÖ**

**zuhören. helfen.**

Claudia Klimt-Weithaler





# Soziales darf nicht untergehen

- Wollen Sie etwas verändern?**
- Wollen Sie soziale Gerechtigkeit?**
- Wollen Sie Ihre Ideen einbringen?**
- Wollen Sie bei uns mitarbeiten?**

Im Frühjahr wird ein neuer Gemeinderat gewählt. Das wäre eine gute Gelegenheit! Treten Sie mit uns in Kontakt!

KPÖ, Friedensstraße 10, 03512/ 82240  
oder Tel. 0699 / 1253 4965  
E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at



## MITMACHEN!

Ändere die Welt - Sie braucht es



### Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten.

### Elke Kahr:

*Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.*

### Ernest Kaltenegger:

*Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.*

### Aktiv werden!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von der Teuerung betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum von Wenigen. Das muss nicht so bleiben. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



**Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!**

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel. 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

KPÖ-Fohnsdorf-Judenburg, Josefiplatz 3, 8753 Fohnsdorf Tel. 03573/2166, E-Mail: kp.fohnsdorf@kpoe-steiermark.at